

## ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

**Absender:**

FDP-Fraktion im Rat der Stadt

**Betreff:**

Vorschlag der FDP-Fraktion  
hier: Errichtung einer Arbeitsgruppe

**Beratungsfolge:**

18.12.2008      Rat der Stadt Hagen

**Beschlussvorschlag:**

1. Einrichtung einer Arbeitsgruppe bestehend aus Verwaltung, Personalrat und Politik, mit der Aufgabe gemeinsam die Struktur für einen Verwaltungsaufbau zu erarbeiten, die es ermöglicht:
  - die Beschäftigtenzahl bei der Stadt Hagen, von derzeit 2.721,8 Stellen, um 600 Vollzeitstellen zu reduzieren
  - die bisherigen Ämter in fünf weiteren Fachbereichen zu organisieren (Wegfall der Amtsleiterstellen)
  - die Anzahl der Abteilungsleiter zu reduzieren
  - die Anzahl der Dezernate um ein Dezernat zu reduzieren
  - Verantwortung auf die nächst tiefere Verwaltungsebene zu delegieren.

Damit einhergehend soll kontinuierlich dargestellt werden, welche Auswirkungen der Umbau der Verwaltung auf folgende Bereiche hat bzw. in welcher Höhe Kosten gespart werden:

- Büroflächen/Abmietung
- Reinigung
- Gemeinkosten (Strom, Heizung, u.s.w.)
- IT Hardware, Software und Wartung
- Büromöbelbeschaffung, Büromaterial
- Versicherungen.

2. Die Arbeitsgruppe ist bei der Lenkungsgruppe anzusiedeln und berichtet dieser.

3. Das Verwaltungsprojekt „Moderne Verwaltung“ (MoVe) ist mit einzubeziehen.

Der Antrag soll nicht nur ein deutliches Zeichen an die Bürgerinnen und Bürger sein, dass auch an und mit der Verwaltung gespart wird, sondern schnellstmöglich zu Ergebnissen führen. Wir sind uns bewusst, dass teilweise das Organisationsrecht des Oberbürgermeisters tangiert wird. Der Personalbericht Teil A hat gezeigt, dass ein sozialverträglicher Ab- und Umbau der Verwaltung nur langsam vorangeht. Will man weiterhin betriebsbedingte Kündigungen vermeiden, muss sofort gehandelt werden.

Den ausscheidenden Verwaltungsmitarbeitern stehen Zugänge aus Beurlaubung, Elternzeit, Rente auf Zeit, Stundenerhöhungen aus befristeten Stundenreduzierungen, Übernahme aus Eigenbetrieben, Gesellschaften, Ratsbeschluss zur Übernahme von Auszubildenden gegenüber. Hinzu kommt noch die Umwandlung befristeter in unbefristete Verträge in Bereichen, die wieder besetzt werden müssen, z. B. Erzieherinnen (wenn man die Einrichtung selbst fortführen will) sowie bei der Feuerwehr.

Der eigentliche Netto-Abgang der Vollzeitstellen ist sehr gering. Das Projekt „Moderne Verwaltung“ (MoVe) ist dazu geeignet bei Ausscheiden von Mitarbeitern kurz- und langfristig durch Prozess- und Strukturanalysen entsprechende Daten für die Besetzung oder Nichtbesetzung zu liefern. Deshalb sollte das Projekt MoVe ein Ansprechpartner dieser Arbeitsgruppe sein.